

Für mehr Beschäftigung und faire Löhne

Soziale Gerechtigkeit steht im Vordergrund bei der Arbeitsmarktpolitik der SPD. In der aktuellen Krise kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz. Wer arbeitslos ist, dem wird geholfen. Langfristig sichern wir Arbeit dadurch, dass wir in moderne Produkte, innovative Ideen sowie eine soziale und ökologische Gesellschaft investieren. Gute und sichere Arbeit braucht eine langfristig orientierte Unternehmensführung. Darum brauchen wir Arbeitnehmer auf Augenhöhe und starke Gewerkschaften.

Arbeitnehmerrechte schützen

Schon vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen konnten wir die uneingeschränkte Erhaltung der Tarifautonomie erreichen. Die Verhandlungen über arbeitsrechtliche Themen waren äußerst kontrovers. Unser Ziel war, dass Arbeitnehmerrechte weiter geschützt werden und der Kündigungsschutz in seiner Systematik erhalten bleibt. Ohne diese inhaltliche Vereinbarung hätte es keinen Koalitionsvertrag gegeben. Innerhalb der EU-Dienstleistungsrichtlinie haben wir das umstrittene Herkunftslandprinzip verhindert. Alle Dienstleistungserbringer haben nun die jeweiligen Regelungen des Landes zu beachten, in dem sie ihre Dienste anbieten wollen. Damit verhindern wir Sozial- und Lohndumping in Deutschland.

Schwarz/Gelb wollen die betriebliche Mitbestimmung begrenzen und die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. Erst Unternehmen ab 20 Beschäftigten sollen einen Betriebsrat bilden dürfen. Auch die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern soll erst ab einer Unternehmensgröße von 500 Beschäftigten möglich sein. Zudem wollen sie eine Lockerung des Kündigungsschutzes: Er soll erst für Betriebe ab 20 Beschäftigten und nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer gelten. Arbeitnehmerrechte werden bei Schwarz/Gelb ganz klein geschrieben.

Unser Ziel: Wir verteidigen und stärken die Arbeitnehmerrechte. Die Stärkung der Tarifautonomie und der Schutz vor Kündigung sowie das Recht auf die Wahl von Betriebsräten sind für uns unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gerade in Zeiten der Krise zeigt sich, dass Unternehmen und Arbeitnehmer die Krise nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb ist und bleibt die Mitbestimmung in Deutschland und in Europa so ein wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie. Wir wollen mitbestimmungsfreie Zonen reduzieren und eine Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein.

Mindestlohn

Deutschland braucht einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen die Chance eröffnet, mit dem Gehalt für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Es geht uns dabei nicht um irgendwelche Arbeit, es geht uns um Gute Arbeit. Rund 1,2 Millionen Menschen, die voll erwerbstätig sind, sind zur Sicherung des Lebensunterhalts auf ergänzende Leistungen des Staates angewiesen. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit menschenwürdig und selbstständig leben können. Deshalb haben wir das Thema Mindestlohn und die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf die Tagesordnung gesetzt – mit Erfolg. In unserer Regierungszeit ist es uns gelungen, wichtige Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Insgesamt 9 Branchen mit über 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden inzwischen durch den Mindestlohn vor Lohndumping geschützt. Mit dem Mindestarbeitsbedingengesetz haben wir es darüber hinaus möglich gemacht, dass auch in Wirtschaftszweigen, in denen die Tarifbindung weniger als 50 Prozent beträgt, Mindestlöhne festgesetzt werden können.

Schwarz/Gelb lehnen weiterhin einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ab. Schwarz/Gelb unterstützt damit Arbeitgeber, die mit Dumpinglöhnen seriöse Unternehmen unter Druck setzen. Der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Lohndumping wird so freien Lauf gelassen.

Unser Ziel: Wir halten an unserer Forderung fest: Wir wollen flächendeckend existenzsichernde Mindestlöhne! Durch Mindestlöhne sorgen wir zudem dafür, dass sich die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließt, denn viele Frauen arbeiten immer noch im Niedriglohnsektor. Darüber hinaus wollen wir den Bonus für Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn wird dabei die zentrale Rolle übernehmen. Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so aufeinander abgestimmt, dass existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird.



photothek.net

Vermittlung in Arbeit

Gerade in Zeiten der Krise sind das Halten und die erfolgreiche Vermittlung in Arbeit zentral. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld ist es uns gelungen, viele Menschen in Arbeit zu halten. Es zahlt sich auch aus, dass wir die Arbeitsmarktinstrumente schon frühzeitig optimiert haben. All dies trägt zu einer funktionierenden Arbeitsvermittlung bei. Mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben wir den Instrumentenkoffer reduziert und wirkungsvoller gemacht. Die Vermittlung in Arbeit wurde gestärkt und der Entscheidungsspielraum für Vermittler ausgeweitet. Maßgeschneiderte Projekte für Langzeitarbeitslose wurden geschaffen bzw. ausgebaut. Bis 2010 werden für benachteiligte Jugendliche 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Dazu wird befristet ein Ausbildungsbonus gezahlt. Mit dem Kommunal-Kombi fördern wir zusätzliche Arbeitsplätze durch die Kommunen in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit. Für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt steht die JobPerspektive zur Verfügung. Wir haben die Zahl der Vermittler und derjenigen, die für Betreuung und Leistungsgewährung zuständig sind, in der Bundesagentur für Arbeit um 5.000 aufgestockt.

Die Union hat die Reform der Jobcenter blockiert und lässt damit in der wirtschaftlich schwierigsten Krisensituation die Arbeitslosen und die Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit im Regen stehen. Ohne eine Nachfolgeregelung müssen spätestens ab 2011 die ARGen aufgelöst werden. Auch den Optionskommunen fehlt die Arbeitsgrundlage und sie müssen abgewickelt werden. Den Fallmanagern in den Jobcentern wird ihr verlässliches Arbeitsumfeld genommen. Wer wie die Unionsfraktion nicht handeln will, der organisiert Chaos und Unsicherheit.

Unser Ziel: Für Deutschland wollen wir die weltweit beste Arbeitsvermittlung. Wir werden schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen und auch die Optionskommunen auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage stellen. Der Instrumentenkasten der Arbeitsvermittlung wird kontinuierlich fortentwickelt. Insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus soll besser gefördert werden. Der Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und die JobPerspektive werden weiter ausgebaut.

Arbeitsversicherung

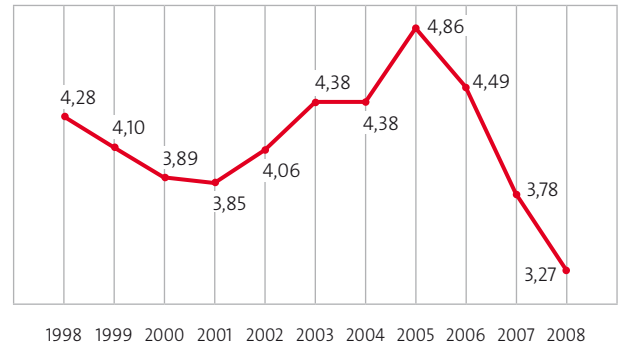
Wir stehen für eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen, ihre Fähigkeiten und ihre Beschäftigungschancen im Blick hat. Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik gehören für uns zusammen. Deshalb haben wir den Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses eingeführt. Und deshalb haben wir in der jetzigen Krise Qualifizierung in der Kurzarbeit attraktiv gemacht. Das Programm zur „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen“ (WeGebAU) haben wir für alle Beschäftigten geöffnet, die besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wenn sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. So erhöhen wir ihre Arbeitsmarktchancen.

Schwarz/Gelb schreibt Arbeitsmarktpolitik klein. Die FDP will sogar die Bundesagentur für Arbeit abschaffen. Zudem wollen Konservative und Marktradikale den Arbeitslosenversicherungsbeitrag weiter absenken – mit der Folge, dass weniger Geld für Qualifizierung, Weiterbildung und Vermittlung zur Verfügung steht. Der Rechtsanspruch auf Weiterbildung wird abgelehnt. Darüber hinaus fordern sie eine Arbeitslosenversicherung nach dem Prinzip der Wahlfreiheit bei den Tarifen. Wer künftig also vollen Schutz vor Arbeitslosigkeit haben will, muss mehr bezahlen. Das Ergebnis wäre eine komplette Entsolidarisierung unserer Gesellschaft.

Unser Ziel: Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Wir werden für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten. Diese Qualifizierungsberatung kann auch von Selbständigen genutzt werden. Mit der neuen Arbeitsversicherung wollen wir außerdem dazu beitragen, dass in den Betrieben Langzeitkonten für Weiterbildung attraktiver werden.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Angaben in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit